

zahlungsumfähige Schuldner keiner langen Auseinandersetzung bedürften. Er erinnerte ferner an die früheren, leider gescheiterten Versuche im Elsaß, in Mecklenburg und durch Pfau in Leipzig. Den Grund der Mißerfolge früherer Zeiten sieht er in der Unvollkommenheit, bedingt durch die örtliche oder provinzielle Beschränkung. Jetzt gelte es einen Kreditschutzverein zu gründen, der nicht bloß das deutsche Sprachgebiet, sondern auch nach Möglichkeit das Ausland umfasse; denn gerade dem ausländischen faulen Kunden stände der deutsche Kaufmann wegen der Schwierigkeit der Gerichtsverfolgung machtlos gegenüber.

Er wies dann noch einmal kurz auf die ersten Vorberhandlungen hin, die Vorversammlung vom 26. Juni d. J. (s. Vbl. Nr. 155: Berl. Briefe), und gedachte der umfangreichen Vorarbeiten des Herrn Heyne. Schließlich teilt er mit, daß der Vorschlag zur Gründung dieses neuen Vereins auf der Versammlung des Verbands der Kreis- und Ortsvereine in Goslar großen Beifall gefunden habe.

Betreffs der Mitgliedschaft hielt er gerade eine Heranziehung des mittleren und kleinen Sortiments für wünschenswert; die Beiträge dürften daher nicht zu hoch normiert werden, auch hätte Herr Kommerzienrat Siegismund eine Subvention durch den Börsenverein in Aussicht gestellt.

Herr Heyne, der dann das Wort ergriff, gab zunächst in großen Zügen an, wie er sich die Arbeit des Vereins gedacht habe. Jedes Mitglied soll auf separatem Zettel die faulen Schuldner der Zentrale melden. Die Listen werden streng vertraulich gehalten, so daß man also ohne Furcht vor Indiskretionen seine Angaben machen kann. Außerdem enthält die eigentliche Liste keine Zensuren, sondern nur Buchstaben oder Zahlen (wofür extra ein Schlüssel ausgegeben wird), ist also für die Außenstehenden unverständlich. Die Zentrale soll ferner die Vermittlungsstelle bilden, falls sich mehrere Firmen betreffs gemeinsamer Vorgehens in Verbindung setzen wollen. Schließlich meinte Herr Heyne, daß man unter Umständen das Institut weiter ausdehnen könnte. Einmal, indem man den Verlegern, soweit sie direkt vertrieben, die Möglichkeit gäbe, sei es als ordentliche, sei es als außerordentliche Mitglieder, beizutreten. Ein weiterer Schritt wäre, mit dieser Vereinigung eine Kontrolle ungetreuer Angestellter zu verbinden, um namentlich dem Gebrauch gefälschter Zeugnisse vorzubeugen; im letzteren Falle müßten natürlich die Verleger auf jeden Fall herangezogen werden. Auch eine Inkassostelle könnte vielleicht mit der Zentrale selbst verbunden werden. Unter Umständen würde schon die bloße Drohung, man werde jemanden der Zentrale melden, erzieherisch wirken.

Herr Ritschmann fordert darauf zu einer allgemeinen Aussprache auf.

Herr Lazarus steht dem Projekt sympathisch gegenüber, empfiehlt aber, mit einer lokalen Organisation zu beginnen, klein anzufangen und allmählich auszubauen, sowie auch die juristische Frage zu prüfen, wie weit durch Zensurerteilung dem Einzelnen oder der Korporation Unannehmlichkeiten erwachsen könnten. Er fürchtet, manche Kollegen würden, sei es aus Bequemlichkeit, sei es aus Angstlichkeit, kein Material liefern, und empfiehlt die Beiträge nach der Mitarbeit abzustufen.

Ein Kollege schlägt vor, sich zunächst auf die reine Kreditliste zu beschränken und die Frage der Beteiligung der Verleger sowie der Angestelltenkontrolle zurückzustellen.

Herr Seydel teilt die Ansicht des Herrn Lazarus und ist auch zunächst für den lokalen Verein. Wünschenswert wäre, wenn an allen größeren Orten lokale Vereine gegründet würden, die dann ihre Listen austauschen könnten. Das Ausland käme für ihn erst in zweiter Linie in Frage.

Herr Junk: Für ihn als wissenschaftlichen Antiquar wäre das Ausland das Wichtigste. An einer rein lokalen Liste hätte er nicht das geringste Interesse. Er weist ferner darauf hin, daß für den antiquarischen Buchhandel eine ähnliche Liste existiere, herausgegeben von der International Association of Antiquar Booksellers.

Herr Ritschmann nimmt kurz zu einzelnen Punkten der Diskussion Stellung und bleibt dabei, daß man gleich eine allgemeine Liste schaffen müsse. Sie soll etwa zweimonatlich erscheinen.

Eine Schwierigkeit läge allerdings darin, daß für die erste Liste ein ungeheures Material zusammenströmen würde.

Herr Heyne sekundiert ihm. Gerade die Hamburger und Leipziger Firmen, die brieflich sich für den Verein ausgesprochen hätten, erwarteten eine Liste, die das Ausland mit umfasse.

Nach einer Reihe kurzer Bemerkungen schließt Herr Ritschmann die allgemeine Diskussion, bringt den Statutenentwurf zur Verteilung und stellt die einzelnen Paragraphen zur Diskussion.

Eine besonders lebhafte Diskussion knüpfte sich an den § 10 des Statuts:

Jedes Mitglied in Deutschland, Österreich und der Schweiz zahlt einen jährlichen Beitrag von M 6.—, im übrigen Auslande von M 10.—. Jedes nach dem 1. Januar 1914 neu eintretende Mitglied zahlt außerdem ein Eintrittsgeld von M 3.— und erhält dafür die im laufenden Geschäftsjahr erschienenen Kreditlisten, soweit noch lieferbar. Jede Vereinsversammlung hat das Recht, sobald ein entsprechender Antrag auf der Tagesordnung steht, Jahresbeitrag und Eintrittsgeld zu ändern.

Die Herren Lazarus und Seydel wiesen darauf hin, daß man mit diesem Satz, selbst im Falle eines Zuschusses vonseiten des Börsenvereins, niemals auskommen würde, daß auch gegenüber den großen Vorteilen, die dieses Institut verspreche, ein höherer Beitragsatz durchaus gerechtfertigt sei.

Herr Ritschmann und Herr Heyne wollten nur ungern von dem ursprünglichen Satz von 6 M abgehen. Herr Heyne wies darauf hin, daß in dem versandten Verbeschreiben 6 M als Höchstfuß angegeben sei, und hielt eine Erhöhung — die ihm persönlich sympathisch wäre — doch für gefährlich.

Herr Staar schlug ein Kompromiß vor: Gegenüber dem von den Herren Seydel und Lazarus als Minimum bezeichneten Satz von 10 M sollten 8 M erhoben werden.

Herr Ritschmann ließ darüber abstimmen, es ergab sich Stimmgleichheit. Nach einem nochmaligen Appell vom Vorstandstische erklärte Herr Seydel, er wolle, ohne sich innerlich mit dem niedrigen Satz befreunden zu können, dem Kompromiß beitreten. Eine nochmalige Stimmprobe ergab die Annahme des Kompromißsatzes gegen 3 Stimmen.

§ 10 ändert sich also dahin, daß die Inländer 8 Mark, die Ausländer 12 Mark Beitrag zahlen.

Das Statut gelangte schließlich en bloc zur einstimmigen Annahme.

Man schritt dann zur Wahl des Vorstandes. Zum Geschäftsführer wurde auf Vorschlag des Herrn Ritschmann, Herr Arnold Heyne, der die umfangreichen Vorarbeiten geleistet hat, einstimmig gewählt, zum Vorsitzenden ebenso Herr Paul Ritschmann, zu Beisitzern auf Vorschlag die Herren Kurt Warnecke und Max Berl. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an.

Nachdem Herr Ritschmann noch einen antwefenden Münchner Kollegen begrüßt hatte, schloß er gegen $\frac{3}{4}$ 11 Uhr die Versammlung.

* * *

Wohl jeder kaufmännisch Empfindende hat sich oft über die Art gefreut, in der, frei von jeder juristischen Spitzfindigkeit, die Entscheidungen der Kaufmannsgerichte auf Grund der Billigkeit und des gesunden Menschenverstandes erfolgen. Umso mehr muß ein Urteil Verwunderung erregen, das kürzlich vom Berliner Kaufmannsgericht gefällt wurde, und worin in einer Art für den Angestellten Partei genommen wird, die weder dem Empfinden des Laien noch der Jurisprudenz irgendwie verständlich erscheint. Der Fall war folgender:

»Dem Buchhalter einer Fleischwarenfabrik sollte auf Grund der vereinbarten monatlichen Kündigungsfrist gekündigt werden, zu welchem Zwecke die Geschäftsleitung am 31. Mai einen nach der Privatwohnung des Buchhalters gerichteten Kündigungsbrief »eingeschrieben« absandte. Eingeschriebene Briefe werden nun in der Regel später bestellt als gewöhnliche Brieffendungen, infolgedessen konnte der Brief vormittags nicht mehr zugestellt werden. Da der Buchhalter von 8 bis 4 Uhr Dienst hatte und sich

(Fortsetzung auf Seite 10259.)